Deutscher Bundestag **Drucksache 14/7626**

14. Wahlperiode 27. 11. 2001

Entschließungsantrag

der Abgeordneten Dr. Werner Hoyer, Jürgen Koppelin, Dr. Günter Rexrodt, Joachim Günther (Plauen), Ina Albowitz, Sabine Leutheusser-Schnarrenberger, Dr. Helmut Haussmann, Ulrich Irmer, Dr. Wolfgang Gerhardt und der Fraktion der FDP

zu der dritten Beratung des Entwurfs des Haushaltsgesetzes 2002
– Drucksachen 14/6800 Anlage, 14/7317, 14/7321, 14/7322, 14/7323, 14/7537 –

hier: Einzelplan 23
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung

Der Bundestag wolle beschließen:

Der Deutsche Bundestag stellt fest:

Im Einzelplan 23 sind die Gesamtausgaben von 3,698 Mrd. Euro um 800 Mio. Euro auf 4,498 Mrd. Euro zu erhöhen.

Berlin, den 27. November 2001

Dr. Wolfgang Gerhardt und Fraktion

Begründung

Präventive Entwicklungshilfe muss wieder die notwendige Priorität in der Außenpolitik erhalten. Der weltweite Kampf gegen den Terror hat den hohen politischen Stellenwert der wirtschaftlichen Zusammenarbeit besonders deutlich gemacht. Entwicklungspolitik muss sich daher strategisch erneuern und durch gezielte Armutsbekämpfung einen maßgeblichen Beitrag zur Beseitigung von sozialen, wirtschaftlichen und politischen Missständen leisten, die die Entstehung von terroristischen Umtrieben begünstigen. Dies bedeutet neben dringend erforderlichen Mittelumschichtungen, sektoraler und regionaler Konzentration und einer strukturellen Neuausrichtung auf effiziente multilaterale Zusammenarbeit vor allem auch erhebliche zusätzliche finanzielle Anstrengungen. Um den enormen weltpolitischen Herausforderungen gerecht werden zu können, muss Deutschland den rückläufigen Haushaltstrend in der entwicklungspolitischen Zusammenarbeit daher dringend umkehren. Trotz kosmeti-

scher Erhöhungen um 100 Mio. Euro, die im nächsten Haushaltsjahr bereits wieder wegfallen sollen, trotz Sonderzuwendungen aus den für den Kampf gegen den internationalen Terrorismus zusätzlich bereitgestellten Mitteln ist die Bundesregierung jedoch weiter von dem im rot-grünen Regierungsprogramm angepriesenen Ziel von 0,7 Prozent des Bruttosozialproduktes entfernt als jede ihrer Vorgängerregierungen. Mit einem Anteil von ca. 0,29 Prozent am Bruttosozialprodukt ist Deutschland inzwischen sogar Schlusslicht unter den maßgeblichen Geberländern in Europa, weit abgeschlagen hinter Schweden, den Niederlanden, der Schweiz, Frankreich und Großbritannien. Ministerin Heidemarie Wieczorek-Zeul ist in ihrer Auffassung zuzustimmen, dass weitere Kürzungen die Glaubwürdigkeit der Bundesregierung nachhaltig beschädigen würden. Es geht jedoch nicht nur um die ohnehin angeschlagene Glaubwürdigkeit der Bundesregierung, sondern um die Glaubwürdigkeit Deutschlands als zuverlässiger und berechenbarer Partner in der entwicklungspolitischen Zusammenarbeit.

Gesamtherstellung: H. Heenemann GmbH & Co., Buch- und Offsetdruckerei, Bessemerstraße 83–91, 12103 Berlin
Vertrieb: Bundesanzeiger Verlagsgesellschaft mbH, Postfach 13 20, 53003 Bonn, Telefon (02 28) 3 82 08 40, Telefax (02 28) 3 82 08 44
ISSN 0722-8333